

CONV 210/02

WG I 9
WG IV 8

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe "Subsidiaritätsprinzip" und die Gruppe "Einzelstaatliche Parlamente"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die gemeinsame Sitzung vom Montag, den 22. Juli 2002

In der gemeinsamen Sitzung der Gruppe I "Subsidiaritätsprinzip" und der Gruppe IV "Einzelstaatliche Parlamente" führten die beiden Vorsitzenden dieser Gruppen, Herr Mendez de Vigo und Frau Stuart, gemeinsam den Vorsitz.

Jeder Vorsitzende gab einen kurzen Überblick über die bisherigen Arbeiten in seiner jeweiligen Gruppe. Sie hoben beide hervor, dass den einzelstaatlichen Parlamenten bei der Überwachung der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips eine Rolle zukomme. Dabei gelte es insbesondere die Unterrichtung der nationalen Parlamente zu verbessern.

Mehrere Mitglieder des Konvents verwiesen auch darauf, dass die einzelstaatlichen Parlamente die Kontrolle über ihre nationalen Regierungen tatsächlich ausüben oder in einigen Fällen noch verstärken sollten. Dabei handele es sich um ein nützliches und notwendiges Instrument, das es jedoch nicht ermögliche, der Gesamtsituation einer besseren Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips gerecht zu werden.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen die verschiedenen Möglichkeiten, mit denen die Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips auf europäischer Ebene durch die einzelstaatlichen Parlamente verstärkt werden könnte. Viele Teilnehmer meinten, dass die nationalen Parlamente ihre Ansichten einbringen und in einem möglichst frühen Stadium des Rechtsetzungsprozesses gegebenenfalls Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips äußern können sollten. Daher sollten sie auch gleich zu Beginn des Verfahrens, z.B. bevor die Kommission dem Gesetzgebungsorgan ihre Vorschläge übermittelt, einschlägige Informationen erhalten. Es wurden mehrere Vorschläge unterbreitet, darunter auch der Vorschlag, das jährliche Rechtsetzungsprogramm der Kommission den nationalen Parlamenten in einer noch festzulegenden Form zu unterbreiten.

Zahlreiche Teilnehmer möchten, dass die einzelstaatlichen Parlamente im Laufe des Rechtsetzungsverfahrens tätig werden können, um insbesondere ein "Signal" (Warnmechanismus) zu geben, wenn sie der Ansicht sein sollten, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht gewahrt werde. In diesem Sinne sind verschiedene Vorschläge unterbreitet worden. Zahlreiche Teilnehmer haben jedoch nachdrücklich darauf hingewiesen, dass ein solches System nicht zur Einsetzung oder Schaffung eines neuen Organs oder einer neuen Einrichtung führen dürfe. Es gelte vor allem, einen einfachen Mechanismus oder ein einfaches Verfahren zu konzipieren.

Allerdings möchten mehrere Teilnehmer, dass die nationalen Parlamente in kollektiver Form zusammentreten können, um Fragen der Subsidiarität zu erörtern. Die genaue Form dieses Forums müsse noch erörtert werden.

Die Frage einer nachträglichen gerichtlichen Kontrolle wurde ebenfalls angesprochen. Dabei wurde das Recht auf Anrufung des Gerichtshofs wegen Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips durch die nationalen Parlamente, und zwar einzeln oder als Sammelklage, z.B. über die COSAC (Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments), erwähnt. Manche Teilnehmer meinten, dass dieses Recht, falls es gewährt würde, auch dem Ausschuss der Regionen eingeräumt werden sollte.